

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0425/2013
Amt/Aktenzeichen Dezernat II/20-Finanzverwaltung	Datum 12.03.2013	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 09.04.2013

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Stadtrat	Entscheidung	17.04.2013	Ö

Betreff:

Wirtschaftliche Beteiligungen;
hier: Mainzer Public Corporate Governance Kodex (MPCGK) - Standards zur Steigerung der Effizienz, Transparenz und Kontrolle bei den kommunalen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Mainz

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, März 2013

Günter Beck
Bürgermeister

Mainz, April 2013

Michael Ebling
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Mainz gemäß der als Anlage beigefügten Fassung und beauftragt die mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungsgesellschaften der Stadt Mainz mit der Umsetzung des MPCGK sowie der jährlichen Berichterstattung über deren Einhaltung.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt

Die Stadt Mainz lässt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wesentliche Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich durch kommunale Gesellschaften erbringen. Die Stadt ist verpflichtet, bei ihren Beteiligungsgesellschaften eine verantwortungsvolle Unternehmensführung zu gewährleisten, die das Spannungsfeld zwischen gemeinwohlorientierter Daseinsvorsorge und betriebswirtschaftlichem Ertragsdenken und der Erwirtschaftung von Überschüssen für den städtischen Haushalt berücksichtigt. Neben der Aufgabe, diese Gesellschaften bei der Erfüllung des Gesellschaftszwecks zu unterstützen und auf eine Optimierung der wirtschaftlichen Effizienz zu achten, hat sie auch sicherzustellen, dass bei der Leitung, Steuerung und Überwachung der Gesellschaften die öffentlichen Belange berücksichtigt werden und die Stadt sowie demokratisch legitimierte Gremien eine politische Steuerungsmöglichkeit behalten.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Mainz hat in seiner Sitzung am 10. Februar 2010 beschlossen, die Steuerung seiner städtischen Beteiligungen neu auszurichten. Hierzu wurde die Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM) als Organisationsform des Beteiligungsmanagements gegründet.

Vom Aufsichtsrat der ZBM wurde eine Arbeitsgruppe „Mainzer Public Corporate Governance Kodex“ eingerichtet - so wurde die Einbeziehung von Vertretern der Politik, der Verwaltung und der Arbeitnehmervertreter in die Erarbeitung des nun vorliegenden MPCGK gewährleistet. Nach umfangreichen Vergleichen mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex und weiterer bestehender Kodizes anderer Städte wurde ein Regelwerk für Mainz erstellt.

Der MPCGK ist in drei Themengebiete gegliedert:

- I) Allgemeine Regelungen Public Corporate Governance Kodex
- II) Beteiligungsmanagement und -controlling
- III) Compliance (Verhaltenskodex, Geschenkerichtlinie)

Zweck des Mainzer Public Corporate Governance Kodex:

Der MPCGK enthält wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Gesellschaften sowie anerkannte Standards guter Unternehmensführung.

Ziel ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen. Zugleich soll das Bewusstsein für eine gute Corporate Governance erhöht werden. Der Corporate Governance Kodex soll zudem durch Transparenz, Verantwortungsbewusstsein und Kontrolle das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Mainz in die Gesellschaften der Stadt Mainz zur Erfüllung der öffentlichen Daseinsvorsorge stärken.

Geltungsbereich:

Der Kodex gilt für alle Gesellschaften, an denen die Landeshauptstadt Mainz mit einer Mehrheit direkt oder indirekt beteiligt ist. Der Kodex gilt auch für alle zukünftigen Beteiligungen der Landeshauptstadt Mainz. Für Gesellschaften, an denen die Landeshauptstadt Mainz direkt oder indirekt mit einer Minderheit beteiligt ist, wird die Landeshauptstadt Mainz die Verpflichtung der Gesellschaft auf diesen Kodex empfehlen.

Insbesondere für die Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts sind neben den Vorgaben und Berichtspflichten des Corporate Governance Kodex der Stadt Mainz die darüber hinausgehenden gesetzlichen Vorgaben und Berichtspflichten gemäß der EigAnVO, der GemO etc. zu berücksichtigen.

2. Lösung

Dem Mainzer Public Corporate Governance Kodex wird zugestimmt.

3. Alternative

Keine

4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

./.

Finanzielle Auswirkungen:

./.

Anlage

Mainzer Public Corporate Governance Kodex